

4325 Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen für alle Haus-
4326 halte – in Stadt und Land gleichermaßen – wird bei Minijobs von Zeitungszustellerin-
4327 nen und Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgebe-
4328 rinnen und Arbeitgeber zu tragen haben, befristet für die Dauer von fünf Jahren bis
4329 zum 31. Dezember 2022, von 15 auf 5 Prozent abgesenkt.

4330
4331 Wir wollen schrittweise einen höheren Anteil bei den Erstattungen an die Rentenver-
4332 sicherung für die Ansprüche aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der
4333 ehemaligen DDR übernehmen und damit die ostdeutschen Bundesländer entlasten
4334 (AAÜG).

4335
4336 Wir wollen die Rehabilitation in der Rentenversicherung weiter stärken und die in der
4337 vergangenen Legislaturperiode eingeführten Verbesserungen weiterentwickeln.

4338
4339 Für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess wollen wir einen
4340 Ausgleich durch eine Fondslösung schaffen. Entsprechendes wollen wir auch für die
4341 Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Kontingentflüchtlinge prüfen.

4342 4343 **2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

4344 Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe
4345 in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir
4346 einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan.
4347 Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und
4348 gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.

4349 4350 **Teilhabe an Arbeit**

4351 Wir prüfen die Einführung eines Budgets für Ausbildung. Wir wollen zudem die Assis-
4352 tierte Ausbildung um zwei Jahre verlängern und weiterentwickeln. Darüber hinaus
4353 wollen wir gemeinsam mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik klären, wie Teilquali-
4354 fizierungen einen Beitrag leisten können, auch Menschen mit Beeinträchtigungen,
4355 die als nicht ausbildungsfähig gelten, einen schrittweisen Einstieg in eine anerkannte
4356 Ausbildung nach § 66 Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder § 42m Handwerksordnung
4357 (HwO) zu ermöglichen. Inklusionsbetriebe werden wir weiter fördern. Wir wollen die
4358 Werkstätten für behinderte Menschen unterstützen, ihr Profil entsprechend neuer
4359 Anforderungen weiterzuentwickeln und dem Wunsch der Menschen mit Behinderun-
4360 gen nach Selbstbestimmung Rechnung zu tragen.

4361
4362 Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurch-
4363 schnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren
4364 und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln. Wir wollen die Meldepflicht an
4365 die Arbeitsagenturen für offene Stellen im öffentlichen Dienst, die von einem Men-
4366 schen mit Schwerbehinderung besetzt waren, wiedereinführen. Das betriebliche Ein-
4367 gliederungsmanagement wollen wir stärken. Für alle Menschen mit Behinderungen, ob
4368 im allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Werkstätten beschäftigt, wollen wir den vollen Zu-
4369 gang zu medizinisch-beruflicher Rehabilitation verbessern. Wir sehen dabei insbeson-
4370 dere für Menschen mit psychischer Erkrankung einen Nachholbedarf.

4371 4372 **Barrierefreiheit**

4373 Wir wollen behinderungsgerechten, barrierefreien Wohnungsbau und barrierefreie
4374 Mobilität fördern, damit Menschen mit Behinderungen eine Wahl haben, wo und wie
4375 sie leben wollen. Wir wollen darüber hinaus Initiativen zu mehr Barrierefreiheit in

4376 Städten und Gemeinden stärken. Wir wollen Anreize auch durch Förderprogramme
4377 zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Kommunen setzen (z. B. Einsatz leichter
4378 Sprache und Gebärdendolmetscher, mobile sanitäre Anlagen, barrierefreie Veran-
4379 staltungen). Im Rahmen der Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehand-
4380 lungsgesetzes (AGG) werden wir prüfen, wie Private, die Dienstleistungen für die
4381 Allgemeinheit erbringen, angemessene Vorkehrungen umsetzen können. Ein erster
4382 Schritt wird den Gesundheitssektor betreffen.

4383
4384 Die Digitalisierung eröffnet neue Teilhabechancen insbesondere für sinnesbehinderte
4385 und mobilitätseingeschränkte Menschen. Hier wollen wir einen Schwerpunkt im Nati-
4386 onalen Aktionsplan setzen.

4387
4388 Wir werden darauf hinwirken, dass die Produzenten der Medien ihren Verpflichtun-
4389 gen nachkommen, zugängliche und barrierefreie Angebote in Film, Fernsehen und
4390 Print anzubieten. Dabei haben die öffentlichen Medien eine Vorbildfunktion.

4391 4392 **Unabhängige Teilhabeberatung**

4393 Unabhängige Teilhabeberatung wollen wir durch eine Weiterführung der Finanzie-
4394 rung verlässlich schützen.

4395 4396 **Politische Partizipation**

4397 Unser Ziel ist ein inklusives Wahlrecht für alle. Wir werden den Wahlrechtsaus-
4398 schluss von Menschen, die sich durch eine Vollbetreuung unterstützen lassen, been-
4399 den. Wir empfehlen dem Deutschen Bundestag, in seinen aktuellen Beratungen zu
4400 Änderungen am Wahlrecht, dieses Thema entsprechend umzusetzen.

4401 4402 **Schutz vor Gewalt**

4403 Menschen mit Behinderungen werden besonders häufig Opfer von Gewalt in unter-
4404 schiedlichster Form. Wir wollen die Aufklärung und Stärkung der Menschen fördern
4405 sowie Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und eine Verbesserung der Unterbrin-
4406 gungsmöglichkeiten nach Übergriffen, z. B. in barrierefreien oder mit speziell ge-
4407 schultem Personal besetzten Frauenhäusern.

4408 4409 **Schnittstellenklärung eingeschränkte bzw. dauerhafte Erwerbsminderung**

4410 Die unterschiedliche Gewährung existenzsichernder Leistungen bei Menschen mit
4411 befristeter und dauerhafter Erwerbsminderung werden wir prüfen.

4412 4413 **3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts**

4414 Wir wollen das Soziale Entschädigungsrecht (SER) reformieren. Dabei werden die
4415 Regelungen insbesondere an den Bedarfen der Opfer von Gewalttaten einschließlich
4416 der Opfer von Tattaten ausgerichtet. Psychische Gewalt wird in den Gewaltbegriff
4417 einbezogen. Neue Leistungen der Sofort- bzw. Akuthilfen (u. a. Traumaambulanzen)
4418 werden schnell, niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich gemacht. Entschädi-
4419 gungszahlungen für Geschädigte und Hinterbliebene werden erhöht. Teilhabelei-
4420 stungen werden künftig grundsätzlich ohne den Einsatz von Einkommen und Vermö-
4421 gen erbracht. Bei der Reform wird ein Bestandsschutz für die Kriegsoffer und ihre
4422 Angehörigen eingehalten.

4423
4424 Wir wollen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Opfern des Terrors rea-
4425 lisieren. Dazu wird ein/e Beauftragte/r der Bundesregierung für die Belange von Ter-
4426 roropfern benannt.